

- Beglaubigte Abschrift -



Amtsgericht Nienburg

6 C 409/16

Nienburg, 17.04.2019

Beschluss

In der Zwangsvollstreckungssache

Alfred Boecker, [REDACTED] [REDACTED] Hagen,

Antragsteller,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Laake u. Möbius, Im Ortfelde 100, 30916 Isernhagen,
Geschäftszeichen: [REDACTED] vs. [REDACTED] Klage - mö,

gegen

[REDACTED]

Antragsgegnerin,

hat das Amtsgericht Nienburg am 17.04.2019 durch den Direktor des Amtsgerichts Bargemann beschlossen:

1. Gegen die Antragsgegnerin wird wegen Zuwiderhandlung gegen die im rechtskräftigen Urteil des Amtsgerichts Nienburg vom 04.01.2017 - Gesch.Nr. 6 C 409/16 - enthaltene Unterlassungsverpflichtung, nämlich es zu unterlassen „im Internet zu behaupten, der Kläger sei Mitglied einer Betrügergruppe“, ein Ordnungsgeld von 300,00 €, ersatzweise für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, für je 50,00 € ein Tag Ordnungshaft verhängt.
2. Die Kosten des Verfahrens trägt die Antragsgegnerin.
3. Streitwert: Wertstufe bis 500,00 €.



Gründe:

Durch rechtskräftiges Urteil des Amtsgerichts Nienburg vom 04.01.2017 wurde der Antragsgegnerin unter Androhung von Ordnungsgeld bis zu 200.000,00 EUR und für den Fall, dass dieses nicht beigetrieben werden kann, von Ordnungshaft bis zu sechs Monaten untersagt, „im Internet zu behaupten, der Kläger sei Mitglied einer Betrügergruppe...“.


Unter Missachtung dieses ihr am 07.01.2017 zugestellten Urteils und der dortigen Ordnungsmittelandrohung veröffentlichte die Antragsgegnerin nicht nur am 18.02.2017, 20.05.2017 und 27.07.2017 bei Facebook jeweils bereits anderweitig geahndete Kommentare, in denen sie den Antragsteller wiederholt als „Betrüger“ bezeichnete, sondern unterließ es zumindest bis zum 14.02.2019 außerdem, ihren Post unter https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=270173523422536&id=100012896705133 zu löschen, in dem sie den Antragsteller als „Betrüger“ bezeichnete

Der Antragsteller hat durch eigene eidesstattliche Versicherung vom 14.02.2019, die seines Prozessbevollmächtigten im Rahmen der Antragsschrift vom 14.02.2019 und durch Vorlage des entsprechenden Screenshots hinreichend glaubhaft gemacht, dass dieser Post zumindest bis zum damaligen Zeitpunkt immer noch nicht gelöscht war, auch wenn er nach Internetrecherchen des Gerichts am 14.01.2019 anlässlich des damaligen Beschlusses und vom heutigen Tage zumindest nicht mehr öffentlich einsehbar ist.

Auch diese über den letzten Ordnungsmittelbeschluss vom 14.01.2019 hinaus jedenfalls bis zum 14.02.2019 fortdauernde Unterlassung einer Löschung des in Rede stehenden Posts stellt einen Verstoß gegen die durch Urteil vom 04.01.2017 tenorierte Unterlassungspflicht dar (vgl. nur BGH, Urteil vom 19.11.2015, Gesch.Nr. I ZR 109/14, bei Juris Rn. 34). Zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen wird hierzu auf die Begründung des rechtskräftigen Beschlusses vom 11.04.2018 verwiesen.

Bei der Bemessung der Höhe der Ordnungsmittel hat das Gericht im Rahmen von § 890 ZPO zwar einerseits die über ca. 2 Jahre andauernde Diffamierung des Antragstellers in den sozialen Medien berücksichtigt, andererseits aber auch erneut dessen seither ebenso – trotz mehrfacher Hinweise allein durch das erkennende Gericht auf deren Unzulässigkeit – fortdauernde Nutzung eines auf eine adelige Herkunft hinweisendes Namenszusatzes.

Das Gericht hält insoweit ausdrücklich an seiner bereits mehrfach ausführlich dargelegten Rechtsauffassung fest, die sich nicht nur auf die u.a. auch bereits im Beschluss vom 22.09.2016 und Urteil vom 04.01.2017 genannten obergerichtlichen Entscheidungen, sondern nunmehr auch auf die aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung des BGH stützt (vgl. Beschluss vom 14.11.2018, Gesch.Nr. XII ZB 292/15). Danach ist nicht nur Art. 48 Satz 1 EGBGB auch auf privatautonome Namensänderungen – wie hier – anwendbar, sondern die frei gewählte Annahme einer Adelsbezeichnung verstößt auch gegen den deutschen ordre de public, wenn – wie beim seit Jahren von SGB II-Leistungen lebenden Antragsteller – die Namensänderung von der angesichts dieser Lebensumstände offenkundigen Motivation getragen ist, mit dem gewählten Namen die Zugehörigkeit zu einer vermeintlich hervorgehobenen sozialen Gruppe zu erwecken (vgl. BGH, a.a.O.). Diese Erwägungen erstrecken sich eben nicht nur auf die Frage der Eintragbarkeit des gewählten, auf adelige Herkunft hinweisenden



Namenszusatzes in Personenstandsregister, sondern auf die Namensführung als solche in der Öffentlichkeit.

Auch der Verweis auf Personen, die in ihrem künstlerischen Wirken einen auf – im Gegensatz zum Antragsteller auf niedere - adelige Herkunft hinweisenden Künstlernamen führen, ist untauglich, da der Antragsteller den in Rede stehenden Namenszusatz eben nicht aufgrund künstlerischer Tätigkeit, sondern stets und ständig – so auch nach wie vor in Kurzform in diesem Verfahren – führt. Gleiches gilt für die angeführte Namenswahlfreiheit, da diese im vorgenannten Umfang gerade eingeschränkt ist.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass der Antragsteller und vor allem der ihn vertretende Prozessbevollmächtigte zwar in den sozialen Medien die bisherigen Entscheidungen dieses Gerichts abfällig kommentieren, die an sich statthafte Beschwerde gegen die vom Gericht auf diese Erwägungen gestützte (geringe) Höhe des festgesetzten Ordnungsgeldes aber bisher in keinem Fall eingelegt haben.

Das mithin fortdauernde rechtsfeindliche Verhalten des Antragstellers und auch dessen fortlaufende herabwürdigende Äußerungen über die Antragsgegnerin in den sozialen Medien (Stichwort „Turboquerulantin“ etc.) sind entgegen der Auffassung des Antragstellers im Rahmen der Ermessensausübung bei der Festsetzung der Ordnungsmittel nach wie vor zu berücksichtigen, da es sowohl Einfluss auf die Bewertung des Unwertgehalts der Verletzungshandlung der Antragsgegnerin, die zumindest auch als Reaktion hierauf zu werten ist, als auch auf den Grad ihres Verschuldens hat.

In erheblichem Umfang ist demgegenüber zu Gunsten der Antragsgegnerin zu berücksichtigen, dass sie – im Gegensatz zum Antragsteller – ihre rechtsfeindliche Gesinnung offenkundig aufgegeben und bereits spätestens seit dem 14.01.2019 dafür gesorgt hat, dass die in Rede stehende Titulierung des Antragstellers als „Betrüger“ nicht mehr öffentlich einsehbar ist. Ein erneutes Ordnungsgeld von nunmehr nur noch 300,00 € ist daher angemessen und ausreichend.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 91 ZPO, die Streitwertfestsetzung auf § 3 ZPO.

Rechtsbehelfsbelehrung

Diese Entscheidung kann mit der sofortigen Beschwerde angefochten werden. Sie ist einzu legen innerhalb einer Notfrist von zwei Wochen bei dem Amtsgericht Nienburg, Berliner Ring 98, 31582 Nienburg oder dem Landgericht Verden, Johanniswall 6, 27283 Verden. Die Frist beginnt mit der Zustellung der Entscheidung. Richtet sich die sofortige Beschwerde gegen die Entscheidung über die Kosten, ist sie nur zulässig, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200 € übersteigt.

Beschwerdeberechtigt ist, wer durch diese Entscheidung in seinen Rechten beeinträchtigt ist. Die Beschwerde wird durch Einreichung einer Beschwerdeschrift oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle der genannten Gerichte eingelegt. Sie kann auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle eines jeden Amtsgerichts erklärt werden, wobei es für die Einhaltung der Frist auf den Eingang bei einem der genannten Gerichte ankommt. Sie ist von dem Beschwerdeführer

oder seinem Bevollmächtigten zu unterzeichnen. Die Beschwerde muss die Bezeichnung des angefochtenen Beschlusses sowie die Erklärung enthalten, dass Beschwerde gegen diesen Beschluss eingelegt wird. Soll die Entscheidung nur zum Teil angefochten werden, so ist der Umfang der Anfechtung zu bezeichnen. Die Beschwerde soll begründet werden.

Bargemann
Direktor des Amtsgerichts

Beglaubigt
Nienburg, 18.04.2019


Meinecke, Justizamtsinspektorin
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle des Amtsgerichts

